

Stempel- und Umsatzabgaben abschaffen !

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Die Besteuerung von Transaktionen im Finanzbereich verteuert die Kapitalbeschaffung für Unternehmen und die öffentliche Hand, aber auch die Anpassung der Portefeuilles von Anlegern an veränderte Rahmenbedingungen. Obwohl jedermann weiss, dass heute 70% der bei Schweizer Banken in der Schweiz deponierten Wertschriften von in- und ausländischen Institutionen gehalten werden, glauben die Staaten, es sei zweckmässig diese Altersvorsorge- und Versicherungsinstitute mit zusätzlichen Abgaben zu belasten. Politische Naivlinge behaupten sogar, dass die Einführung einer Finanztransaktionssteuer die Volatilität der Märkte eindämmen würden. Dabei hat ja gerade die Schweiz, wo solche Steuern bestehen, vordemonstriert, dass sie weder Markteinbrüche noch Bankenprobleme verhindern konnten. Dennoch planen 10 EU-Länder solche Umsatzabgaben. Für Schweizer Anleger können sich daraus Mehrfachbelastungen ergeben, die Wertschriftenengagements in solchen Ländern enorm verteuern. Wenn ein Round-trip ohne Bankkommissionen bereits 1% bis 2% kostet, weil sowohl im Ausland als auch im Inland Umsatzabgaben anfallen, dann lässt es sich für Vermögensverwalter gegenüber ihrer Kundschaft kaum mehr verantworten, solche Transaktionen zu tätigen. Einige Anleger werden wohl nicht darum herkommen, ihr Anlageuniversum einzuschränken, was sich in der Folge auch auf die Asset Allokation auswirken wird. Die Indices, die keine Börsen- und Transaktionskosten bezahlen müssen, werden kaum mehr zu schlagen sein, und indexierte Portefeuilles werden hinter den Vergleichsindices herhinken. Die Schweiz hätte nun eine einmalige Gelegenheit gegen den Strom zu schwimmen und sämtliche Emissions- und Umsatzabgaben abzuschaffen, um damit den stark angeschlagenen Finanzplatz Schweiz zu stärken. Das Zusatzgeschäft, das dadurch generiert werden könnte, müsste einen Grossteil der vorhersehbaren Einnahmefälle kompensieren. Die Bruttoerträge aus der Stempelabgabe sind seit 2001 bereits um 38% bzw. CHF 1.3 Mrd. auf noch CHF 2.1 Mrd. eingebrochen und sie werden weiter sinken. Die Ausfälle werden wesentlich geringer ausfallen als befürchtet, denn die Prognosen des Bundes basieren noch auf Zahlen der fetten früheren Jahre.

Die volkswirtschaftlich wohl dümmste Besteuerung sind die Emissionsabgaben. Investoren werden dafür bestraft, dass sie der Wirtschaft Risiko- oder Fremdkapital zur Verfügung stellen, mit dem Arbeitsplätze geschaffen und Steuereinnahmen generiert werden. Das Parlament hat diesen Missstand erkannt und diese Abgaben abgeschafft. Emissionsabgaben auf Anleihen waren vor allem auch deshalb ein Unsinn, weil sie primär die öffentlich-rechtlichen Schuldner trafen. Die Börsenkapitalisierung der inländischen Anleihen besteht zu 80% aus Anleihen der öffentlichen Hand, der meist staatlichen Stromversorger, des gemeinnützigen Wohnungsbaus, der Pfandbriefzentralen und Banken, vorab Kantonalbanken. Der Ausfall von Bundeseinnahmen wird somit weitgehend durch Einsparungen auf den unteren Staatsebenen kompensiert. Es sind aber nicht nur die Umsatzabgaben auf Wertschriftentransaktionen, sondern auch die Abgaben im Sach- und Lebensversicherungsgeschäft, die unsere Wirtschaft jährlich mit gegen CHF 700 Mio. ohne Gegenleistung des Staates belastet. Die administrativen Umtriebe sind volkswirtschaftlicher Leerlauf. Auch diese gilt es speditiv abzuschaffen.

31.5.2013